S 2 SO 1655/23

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Baden-Württemberg
Sozialgericht	Landessozialgericht Baden-Württemberg
Sachgebiet	Sozialhilfe
Abteilung	2.
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 2 SO 1655/23
Datum	26.03.2024

2. Instanz

Aktenzeichen	L 2 SO 1323/24
Datum	07.08.2024

3. Instanz

Datum	-

Die Berufung der KlÃ¤gerin gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Mannheim vom 26. MÃ¤rz 2024 wird zurÃ¼ckgewiesen.

AuÃergerichtliche Kosten sind auch fÃ¼r das Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

<u>Tatbestand</u>

Die KlÃ¤gerin begehrt vom Beklagten hÃ¶here Leistungen der Grundsicherung fÃ¼r den Zeitraum 1.Â MÃ¤rz 2023 bis 29.Â Februar 2024 nach dem ZwÃ¶lften Buch Sozialgesetzbuch (SGBÂ XII) und macht die Grundgesetzwidrigkeit des â BÃ¼rgergeldgesetzesâ geltend.

Der 1958 geborenen und vom Beklagten Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel SGBÂ XII beziehenden KlÃ¤gerin gewÃ¤hrte der Beklagte auf deren Weiterbewilligungsantrag mit Bescheid vom 7.Â Februar 2023 Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des SGBÂ XII fÃ¼r den Zeitraum vom 1.Â MÃ¤rz 2023 bis 29.Â Februar 2024 in HÃ¶he von monatlich 801,30Â â¬.

Hierbei berÃ¼cksichtigte der Beklagte einen Grundsicherungsbedarf von 502,00Â â¬, einen Mehrbedarf fÃ¼r die Warmwasseraufbereitung von 11,55Â â¬ und einen Bedarf fÃ¼r die Kosten der Unterkunft und Heizung von 540,70Â â¬. Als bedarfsminderndes Einkommen brachte er vom ermittelnden Gesamtbedarf die von der KlÃ¤gerin bezogene Rente wegen Erwerbsminderung in HÃ¶he von 258,95Â â¬ abzÃ¼glich eines Beitrags zum VdK in HÃ¶he von 6,00Â â¬ in Abzug.

Hiergegen erhob die KlÃ¤gerin Widerspruch und verfolgte die BerÃ¼cksichtigung eines monatlichen Regelbedarfs von 850,00Â â¬; der bislang anerkannte Regelbedarf sei verfassungswidrig zu gering bemessen.

Mit Bescheid vom 23.Â Juni 2023 hob der Beklagte wegen der ErhÃ¶hung der als Einkommen berÃ¼cksichtigten Erwerbsminderungsrente den Bescheid vom 7.Â Februar 2023 teilweise fÃ¼r den Zeitraum vom 1.Â Juli 2023 bis 29.Â Februar 2024 auf; der monatliche Leistungsanspruch betrug nunmehr 791,77Â â¬.

Mit Widerspruchsbescheid vom 18.Â Juli 2023 wies der Beklagte den Widerspruch der KlÃ¤gerin zurÃ¼ck. Der Widerspruch sei unzulÃ¤ssig. Aufgrund der Vielzahl der gegenÃ¼ber der KlÃ¤gerin ergangenen gerichtlichen Entscheidung zur Rechtsfrage, ob die Regelsatzfestsetzung verfassungsgemÃ¤Ã sei und insbesondere aufgrund der hÃ¶chstrichterlichen Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (BSG), das die Regelleistung als verfassungsgemÃ¤Ã eingestuft habe, sei die von der KlÃ¤gerin begehrte Rechtsposition ausgeschlossen. Es mangele ihrem Widerspruch deshalb an einer formellen Beschwer.

Hiergegen hat die KlÃ¤gerin am 18.Â August 2023 Klage zum Sozialgericht (SG) Mannheim erhoben. Sie hat umfangreiche AusfÃ¼hrungen dazu gemacht, dass die gesetzlich festgesetzte HÃ¶he des Regelbedarfs das Existenzminimum nichtig und verfassungswidrig zu niedrig sei. Datenmaterial und Berechnungsmethoden Ã¤nderten sich jÃ¤hrlich und es kÃ¶nnten beklagtenseits veraltete Rechtsprechung sowie abgeschlossene Verfahren nicht als BegrÃ¼ndung verwandt werden. Die VerÃ¤nderungsraten fÃ¼r die ErhÃ¶hung der Grundsicherung nach dem Regelbedarfsermittlungsgesetz (RBEG) und Regelbedarfsstufen-Fortschreibungsverordnung (RBSFV) ab 2023 bildeten auch unter BerÃ¼cksichtigung der steigenden Verbraucherpreise nicht die tatsÃ¤chlichen Preise fÃ¼r die GÃ¼ter und Dienstleistungen aus den zwÃ¶lf Abteilungen der Regelsatzverordnung ab und der Gesetzgeber habe nicht die bekannten Regelungs-/FinanzierungslÃ¼cken geschlossen. Es bestehe ein monatlicher Regelbedarf fÃ¼r den Zeitraum vom 1.Â MÃ¤rz 2023 bis 29.Â Februar 2024 in HÃ¶he von 850,00Â â¬. Dem seien noch die BeitrÃ¤ge fÃ¼r Sterbe-, Haftpflicht-, Hausrat- und Zahnversicherung hinzuzuaddieren.

Der Beklagte ist der Klage entgegengetreten.

Mit Bescheid vom 20. Dezember 2023 hat der Beklagte unter entsprechende Aufhebung des Bescheids vom 23. Juni 2023 fÃ¼r den Zeitraum 1. Januar bis 29. Februar 2024 wegen der ErhÃ¶hung des Regelsatzes ab 1. Januar 2024 Grundsicherungsleistungen in HÃ¶he von 854,17 â¬ monatlich bewilligt.

Mit Gerichtsbescheid vom 26. MÃ¤rz 2024 hat das SG die Klage abgewiesen. Zur BegrÃ¼ndung hat es im Wesentlichen ausgefÃ¼hrt, Gegenstand des Verfahrens sei der Bescheid des Beklagten vom 7.Â Februar 2023 i.d.F. des Bescheides vom 23.Â Juni 2023 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 18.Â Juli 2023 Ã¼ber die Bewilligung von Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGBÂ XII fÃ¼r den Zeitraum vom 1.Â MÃ¤rz 2023 bis zum 29.Â Februar 2024. Mit der hiergegen erhobenen kombinierten Anfechtungs- und Leistungsklage verfolge die KlÃ¤gerin die Bewilligung hÃ¶herer Leistungen fÃ¼r den vorgenannten Zeitraum unter BerÃ¼cksichtigung eines monatlichen Regelbedarfs in HÃ¶he von 850,00Â â¬ und die Anerkennung weiterer AbsetzbetrÃ¤ge vom bedarfsmindernd berÃ¼cksichtigten Renteneinkommen und die Vorlage nach Art.Â 100 Abs.1 Grundgesetz (GG) an das Bundesverfassungsgericht (BVerfG). Der Bescheid vom 7.Â Februar 2023 i.d.F. des Bescheides vom 23.Â Juni 2023 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 18.Â Juli 2023 sei rechtmÃ¤Ãig und verletze die KlÃ¤gerin nicht in ihren Rechten. Sie habe keinen Anspruch auf GewÃ¤hrung von hÃ¶heren Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGBÂ XII fÃ¼r den streitgegenstÃ¤ndlichen Zeitraum vom 1.Â MÃ¤rz 2023 bis zum 39.Â Februar 2024 als ihr der Beklagte bereits bewilligt habe. Die Kammer habe das Vorbringen der KlÃ¤gerin dahingehend ausgelegt, dass sie hÃ¶here Leistungen fÃ¼r den Zeitraum vom 1.Â MÃ¤rz 2023 bis zum 29.Â Februar 2024 begehre, obwohl sich ihr Begehren wÃ¶rtlich auf hÃ¶here Leistungen fÃ¼r den Zeitraum â01.02.2023 bis 31.01.2024â beziehe. Der Zeitraum vom 1.Â MÃ¤rz 2023 bis zum 29.Â Februar 2024 liege dem streitgegenstÃ¤ndlichen Bescheid zugrunde. Dem wÃ¶rtlichen Antrag dagegen folgend, wÃ¤re die Klage hinsichtlich Februar 2023 bereits unzulÃ¤ssig, da der Beklagte hierÃ¼ber nicht durch den streitgegenstÃ¤ndlichen Bescheid entschieden habe. Ebenso hÃ¤tte die KlÃ¤gerin im Fall ihres Obsiegens keinen Anspruch auf hÃ¶here Leistungen fÃ¼r Februar 2024, da insoweit mangels Klageerhebung die Bestandskraft des streitgegenstÃ¤ndlichen Bescheides eingetreten wÃ¤re.
Der Beklagte habe der Berechnung des Leistungsanspruchs der KlÃ¤gerin im streitgegenstÃ¤ndlichen Zeitraum einen zutreffenden Regelbedarf nach Â§Â 42 Nr.Â 1 SGBÂ XII i.V.m. Â§Â 27a Abs.Â 3 SGBÂ XII i.V.m. der Anlage zu Â§Â 28 SGBÂ XII zugrunde gelegt. Anhaltspunkte dafÃ¼r, dass bei der KlÃ¤gerin im Vergleich zur Allgemeinheit ein gesteigerter Bedarf vorliegt, ergÃ¤ben sich zur Ãberzeugung der Kammer nicht, sodass auch eine abweichende Regelbedarfsfestsetzung nach Â§Â 42 Nr.Â 1 SGBÂ XII i.V.m. Â§Â 27a Abs.Â 4 SGBÂ XII nicht in Betracht komme.
Soweit die KlÃ¤gerin das Ziel verfolge, die BeitrÃ¤ge zur Sterbe-, Haftpflicht-, Hausrat- und Zahnversicherung zu Ã¼bernehmen, bestehe hierfÃ¼r keine gesetzliche Grundlage. Nach einer am Klagebegehren orientierten Auslegung wÃ¤re lediglich die einkommensmindernde BerÃ¼cksichtigung der vorgenannten VersicherungsbeitrÃ¤ge denkbar. Die KlÃ¤gerin habe jedoch wÃ¤hrend des Verwaltungsverfahrens dieses Begehren gegenÃ¼ber dem Beklagten nicht geltend gemacht, sondern erstmals im Klageverfahren. Zudem habe sie nicht ansatzweise nachgewiesen, dass sie Ã¼ber die entsprechenden Versicherungen verfÃ¼ge, geschweige denn, wie hoch die monatlichen VersicherungsbeitrÃ¤ge seien.
Gegen den Bescheid vom 23.Â Juni 2023, durch den der Beklagte wegen der

ErhÃ¶hung der als Einkommen angerechneten Erwerbsminderungsrente der KlÃ¤gerin die bewilligten Leistungen im Zeitraum vom 1.Â Juli 2023 bis zum 29.Â Februar 2024 teilweise aufgehoben habe, habe die KlÃ¤gerin im Klageverfahren keine EinwÃ¤nde vorgebracht. Die Kammer kÃ¶nne unabhÃ¤ngig hiervon keine UmstÃ¤nde erkennen, woraus sich die Rechtswidrigkeit dieses Bescheides ergeben kÃ¶nnte.
Infolge der HÃ¶he des bei der Leistungsbemessung der KlÃ¤gerin berÃ¼cksichtigten Regelbedarfs sei ihr menschenwÃ¼rdiges Existenzminimum gewÃ¤hrleistet. Anhaltspunkte fÃ¼r eine verfassungswidrige Unterbemessung des Regelbedarfs ergÃ¤ben sich zur Ãberzeugung der Kammer unter BerÃ¼cksichtigung des Vorbringens der KlÃ¤gerin im Verwaltungs- und Klageverfahren und unter BerÃ¼cksichtigung der Rechtsprechung gerade auch des BVerfG hierzu nicht.
Deshalb sei das Verfahren auch nicht auszusetzen und dem BVerfG nach Art.Â 100 Abs.Â 1 GG vorzulegen gewesen, da die Kammer nicht von der Verfassungswidrigkeit der Regelbedarfsbemessung Ã¼berzeugt sei. Auch der von der KlÃ¤gerin benannte Beschluss des Sozialgerichts Karlsruhe vom 6.Â Juni 2023 zwinge zur Ãberzeugung der Kammer zu keiner abweichenden Beurteilung. Die gesetzlichen Voraussetzungen einer Verfahrensverbindung lÃ¤gen zudem nicht vor. Mangels eines hÃ¶heren Leistungsanspruchs fÃ¼r den streitgegenstÃ¤ndlichen Zeitraum gehe der geltend gemachte Zinsanspruch ins Leere.

Die KlÃ¤gerin hat gegen den ihr mit Postzustellungsurkunde am 28.Â MÃ¤rz 2024 zugestellten Gerichtsbescheid am 27.Â April 2024 beim Landessozialgericht Baden-WÃ¼rttemberg (LSG) Berufung erhoben. Sie hat an ihrem Begehren auf GewÃ¤hrung hÃ¶herer Grundsicherungsleistungen festgehalten und weiterhin wie bereits im Verfahren vor dem SG umfangreich dargelegt, weshalb die RegelsÃ¤tze ihrer Auffassung nach verfassungswidrig zu niedrig seien. Es wird insoweit auf den ausfÃ¼hrlichen Schriftsatz der KlÃ¤gerin vom 30. Mai 2024 (Bl. 32 bis 42 bzw. 44 bis 53 LSG-Akte) Bezug genommen.

Die KlÃ¤gerin beantragt (Nr.Â 1 sachdienlich gefasst),

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Mannheim vom 26.Â MÃ¤rz 2024 aufzuheben und

1. unter AbÃ¤nderung des Bescheides des Beklagten vom 7.Â Februar 2023 i.d.F. des Bescheides vom 23.Â Juni 2023 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 18.Â Juli 2023 und des Bescheides vom 20. Dezember 2023 zu verpflichten, ihr fÃ¼r den Zeitraum 1.Â MÃ¤rz 2023 bis 29.Â Februar 2024 eine monatliche Grundsicherungsrente in HÃ¶he von 850,00Â â¬ abzÃ¼glich geleisteter 449,00Â â¬ zu gewÃ¤hren sowie die Klagesumme zu verzinsen und

2. festzustellen, dass das BÃ¼rgergeldgesetz, BGBl.Â I S.Â 2328, gegen Art.Â 1 Abs.Â 1, Abs.Â 3, 2 Abs.Â 1, 19 Abs.Â 9, 20 Abs.Â 1, 28 Abs.Â 1 SatzÂ 1, 80 Abs.Â 1 GG verstÃ¶Ãt und die Rechtssache nach Art.100 GG vorzulegen.

Der Beklagte beantragt,

die Berufung zurÃ¼ckzuweisen.

Er hÃ¤lt die Entscheidung des SG fÃ¼r zutreffend.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts und des Vorbringens der Beteiligten wird auf den Inhalt der beigezogenen Verwaltungsakten des Beklagten sowie auf die Gerichtsakten erster und zweiter Instanz Bezug genommen.

EntscheidungsgrÃ¼nde

Die Berufung der KlÃ¤gerin hat keinen Erfolg.

Die gemÃ¤Ã Â§Â§Â 143, 144 Abs.Â 1 Sozialgerichtsgesetz (SGG) statthafte Berufung ist zulÃ¤ssig; sie ist unter Beachtung der maÃgeblichen Form- und Fristvorschriften (Â§Â 151 Abs.Â 1 SGG) eingelegt worden. Die Berufung ist jedoch unbegrÃ¼ndet. Das SG hat die Klage zu Recht abgewiesen.

Gegenstand des Verfahrens ist gem. Â§ 96 SGG auch der Bescheid vom 20. Dezember 2023, mit welchem der Ãnderungsbescheid vom 23. Juni 2023 ersetzt worden ist.

Der Senat hat zunÃ¤chst das von der KlÃ¤gerin in ihrem Berufungsschriftsatz vom 26.Â April 2024 zum Ausdruck gebrachte Begehren nach Antrag Nr.Â 1 im Rahmen der sachdienlichen Auslegung gemÃ¤Ã Â§Â 123 SGG bezÃ¼glich des maÃgeblichen Zeitraumes in Anlehnung an den Antrag erster Instanz um einen Monat betreffend Beginn und Ende nach hinten korrigiert.

Im Ãbrigen hat das SG auch zutreffend auf der Grundlage der hier maÃgeblichen gesetzlichen Regelungen (Â§Â 28 SGBÂ XII i.V.m. dem RBEG und den Â§Â§Â 28a, 40 SGBÂ XII i.V.m. der fÃ¼r das jeweilige Jahr geltenden RBSFV sowie der zur Frage der VerfassungskonformitÃ¤t bei den RegelsÃ¤tzen ergangenen Rechtsprechung des BVerfG einen Anspruch der KlÃ¤gerin auf hÃ¶here Grundsicherungsleistungen fÃ¼r den hier streitigen Zeitraum zu Recht verneint und die Klage auch insoweit abgewiesen. Der Senat nimmt im Hinblick darauf auf die AusfÃ¼hrungen des SG Bezug und sieht von der weiteren Darstellung der EntscheidungsgrÃ¼nde gemÃ¤Ã Â§Â 153 Abs.Â 2 SGGH ab.

Der Senat gelangt des Weiteren auch nicht unter BerÃ¼cksichtigung der umfangreichen AusfÃ¼hrungen der KlÃ¤gerin im Berufungsverfahren zu einer anderen EinschÃ¤tzung, denn die KlÃ¤gerin wiederholt hier im Ergebnis nur ihren Vortrag aus dem Klageverfahren sowie die von ihr schon seit Jahren vertretenen Positionen, Ã¼ber die der Senat auch schon mehrfach in der Vergangenheit hatte entscheiden mÃ¼ssen. Demnach besteht auch kein Anlass fÃ¼r eine Vorlage nach Art.Â 100 Abs.1 GG und kein Anspruch auf die begehrten Zinsen.

Eine Veranlassung fÃ¼r den Senat, gemÃ¤Ã Â§Â 114 Abs.Â 2 SGG das Verfahren auszusetzen, besteht nicht. Die KlÃ¤gerin verweist auf den Vorlagebeschluss des Sozialgerichts Karlsruhe vom 6.Â Juni 2023; dieses Verfahren wird beim BVerfG

unter dem Aktenzeichen 1 BvL 2/23 gefÃ¼hrt. Dem BVerfG sind in diesem Verfahren die Fragen zur Entscheidung vorgelegt worden, ob Â§Â 70 Abs.Â 1 Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGBÂ II) i.d.F. des Art.Â 1 Nr.Â 5 des Gesetzes zur Regelung einer Einmalzahlung der Grundsicherungssysteme an erwachsene Leistungsberechtigte und zur VerlÃ¤ngerung des erleichterten ZugangsÂ zur Sozialsicherung und zur Ãnderung des Sozialdienstleister-Einsatzgesetzes aus Anlass der COVID-19-Pandemie vom 10.Â MÃ¤rz 2021 mit Wirkung vom 1.Â April 2021 mit dem Grundrecht auf GewÃ¤hrung eines menschenwÃ¼rdigen Existenzminimums aus Art.1 Abs.Â 1 GG i.V.m. dem Sozialstaatsprinzip des Art.20 Abs.1 GG und dem allgemeinen Gleichheitssatz gemÃ¤Ã Art.Â 3 Abs.Â 1 GG vereinbar ist sowie, ob Â§Â 73 SGBÂ II i.d.F. des Art.1 Nr.Â 5 des Gesetzes zur Regelung eines Sofortzuschlages und einer Einmalzahlung in den sozialen Mindestsicherungssystemen sowie zur Ãnderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Gesetze vom 23.Â Mai 2022 mit Wirkung vom 1.Â Juni 2022 mit dem Grundrecht auf GewÃ¤hrleistung eines menschenwÃ¼rdigen Existenzminimums aus Art.Â 1 Abs.Â 1 GG i.V.m. dem Sozialstaatsprinzip des Art.Â 20 Abs.1 GG und dem allgemeinen Gleichheitssatz gemÃ¤Ã Art.Â 3 Abs.Â 1 GG vereinbar ist. Dabei ist dem BVerfG nicht die Frage zur Entscheidung vorgelegt, die hier vorliegend streitgegenstÃ¤ndlich ist, ob nÃ¤mlich die HÃ¶he der monatlichen RegelsÃ¤tze fÃ¼r den Regelbedarf der KlÃ¤gerin verfassungsgemÃ¤Ã sind.

Aus diesen GrÃ¼nden war die Berufung der KlÃ¤gerin zurÃ¼ckzuweisen.

Die Kostenentscheidung folgt aus Â§Â 193 SGG.

GrÃ¼nde fÃ¼r die Zulassung der Revision (Â§160 Abs.Â 2 Nr.Â 1 und 2 SGG) liegen nicht vor. Â

Â

Erstellt am: 13.09.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024